



Verden, den 23.11.2021

Vereinfachte Flurbereinigung Steinau
Landkreis Cuxhaven

1. Änderung des Planes über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen (Wege- und Gewässerplan mit landschaftspflegerischem Begleitplan (Plan nach § 41) gem. § 41 Abs. 4 FlurbG

PLANGENEHMIGUNG

1 Plangenehmigung, Benennung der genehmigten Anlagen

- 1.1 Nach § 41 Abs.4 Flurbereinigungsgesetz (FlurbG)¹ wird die vom Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg - Geschäftsstelle Bremerhaven - im Benehmen mit dem Vorstand der Teilnehmergeinschaft aufgestellte 1. Änderung des Plans über die gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen - Plan nach § 41 FlurbG - für die vereinfachte Flurbereinigung Steinau genehmigt.

Gegenstand der Genehmigung sind die in den Planunterlagen dargestellten und beschriebenen gemeinschaftlichen und öffentlichen Anlagen.
Die Genehmigung erstreckt sich nicht auf die nur nachrichtlich wiedergegebenen und in den Planunterlagen als solche gekennzeichneten Anlagen.

- 1.2 Die Plangenehmigung ersetzt alle nach anderen Rechtsvorschriften notwendigen Verwaltungsakte (Genehmigungen, Verleihungen, Erlaubnisse, Bewilligungen, Zustimmungen) sowie sonstige Verwaltungsentscheidungen.

- 2** Der genehmigte Plan nach § 41 umfasst folgende Unterlagen:
- 2.1 Erläuterungsbericht
 - 2.2 Gebietskarte
 - 2.3 Karte zur 1.Änderung des Plans nach § 41 im Maßstab 1 : 7.500
 - 2.4 Verzeichnis der Anlagen und Festsetzungen (VdAF)
 - 2.5 Verzeichnis der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen (VdAE)
 - 2.6 Vereinbarungen und Niederschriften

3 Die Genehmigung ergeht unter folgenden Auflagen und Bedingungen:

- 3.1 Diese Genehmigung geschieht vorbehaltlich der Verfügung entsprechender Haushaltsmittel.

¹ Flurbereinigungsgesetz (FlurbG) in der Fassung (i.d.F.) vom 16.03.1976 (BGBl.I S.547), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2008 (BGBl.I S.2794 ff.)

- 3.2 Bei der Ausführung des Planes nach § 41 FlurbG sind die allgemein anerkannten Regeln der Technik sowie die einschlägigen Bauvorschriften und DIN-Vorschriften zu beachten.
- 3.3 Soweit noch nicht erfolgt, sind vor Beginn der Ausbaumaßnahmen die Trägerschaft, die Unterhaltungspflichten und das zukünftige Eigentum rechtsverbindlich zu regeln.
- 3.4 Soweit Versorgungsleitungen durch die Anlagen des Planes nach § 41 FlurbG betroffen sein sollten, ist den betreffenden Versorgungsunternehmen der Baubeginn rechtzeitig anzuzeigen; die erforderlichen Maßnahmen für die Sicherheit und den störungsfreien Weiterbetrieb sind vor Bauausführung abzustimmen.
- 3.5 Bei der Bauausführung sind die im Verzeichnis der Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen beschriebenen Vermeidungsgrundsätze zu berücksichtigen. In begründeten Ausnahmefällen kann bei vorheriger einvernehmlicher Abstimmung mit der unteren Naturschutzbehörde von den Vermeidungsgrundsätzen abgewichen werden.
- 3.6 Sollten bei den geplanten Bau- und Erarbeiten ur- oder frühgeschichtliche Bodenfunde (das können u.a. sein: Tongefäßscherben, Holzkohlesammlungen, Knochen, Schlacken sowie auffällige Bodenverfärbungen und Steinsalzkonzentrationen, auch geringe Spuren solcher Funde) angeschnitten werden, sind diese gem. § 14 Abs. 1 Nieders. Denkmalschutzgesetz (NDSchG) meldepflichtig und müssen der Archäologischen Denkmalpflege des Landkreises Cuxhaven unverzüglich angezeigt werden. Meldepflichtig ist der Finder, der Leiter der Arbeiten oder der Unternehmer. Bodenfunde und Fundstellen sind nach § 14 Abs. 2 NDSchG bis zum Ablauf von 4 Werktagen nach der Anzeige unverändert zu lassen bzw. für ihren Schutz ist Sorge zu tragen.

4 Ergebnis der Anhörung gem. § 41 Abs. 2 FlurbG

- 4.1 Die Träger öffentliche Belange, insbesondere der Landkreis Cuxhaven (UNB) wurden beteiligt. Es ergeben sich keine Anregungen und Bedenken.

Auf die Durchführung eines Anhörungstermins gem. § 41 FlurbG Abs.2 konnte im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens verzichtet werden.

5 Begründung

- 5.1 Mit der vereinfachten Flurbereinigung Steinau werden die tatsächlichen und rechtlichen Verhältnisse im Verfahrensgebiet gemäß den in der Anordnung genannten Zielen sowie der aufgestellten Neugestaltungsgrundsätze neu geregelt. Mit der Plangenehmigung werden die öffentlich-rechtlichen Beziehungen unter Berücksichtigung und Ausgleich der betroffenen öffentlichen Interessen festgelegt
- 5.2 Nach § 3a i. V. m. § 3c UVPG² ist festgestellt³ worden, dass für das Vorhaben eine Umwelterträglichkeitsprüfung nicht erforderlich ist.
Der Landkreis Cuxhaven als untere Naturschutzbehörde hat bestätigt: *Aus naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht der unteren Naturschutzbehörde bestehen gegen die geplanten Änderungen keine Bedenken. Durch die Planänderung resultieren keine neuen Eingriffe nach § 14 BNatSchG, die zusätzlich zu kompensieren wären.*

² Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung i.d.F. vom 05.09.2001 (BGBl. I S. 2350), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 24.Juni 2004 (BGBl. I S.1359)

³ Bek. d. ML vom 06.03.2007: Nds. MBl. 2007 S. 202

5.3 Die Voraussetzungen für eine Plangenehmigung gemäß § 41 Abs. 4 FlurbG sind gegeben,

- da die 1. Änderung im Benehmen mit dem Vorstand der TG aufgestellt wurde und
- da die von diesem Plan betroffenen Träger öffentlicher Belange beteiligt wurden,
- weil mit Einwendungen nicht zu rechnen ist oder Einwendungen nicht erhoben oder nachträglich ausgeräumt werden (§ 41 Abs.4 Satz 1 FlurbG).



Gerdes
(Dezernatsteilleiter 4.3)